

Regierungsrat BL, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement
Bern

Per E-Mail an:
jonas.amstutz@bj.admin.ch

Liestal, 30. April 2019

Vernehmlassung

zum Entwurf einer "Verordnung über Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen (VSMS)"

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Meinungsäusserung. Der Vorschlag, dass der Bund – gestützt auf Artikel 386 StGB – Finanzhilfen an Organisationen leisten kann, die Massnahmen in der Schweiz durchführen, um bestimmte Minderheiten mit besonderen Schutzbedürfnissen vor Angriffen im Zusammenhang mit Terrorismus oder gewalttätigem Extremismus zu schützen, wird von uns begrüsst. Wir erachten eine Beteiligung des Bundes an den Kosten für bauliche und technische Massnahmen zur Verhinderung von Straftaten oder für die Sensibilisierung und Information der Bevölkerung als zweckmässig und zielführend.

Hochachtungsvoll

Monica Gschwind
Regierungspräsidentin

Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin